Die Krim-Brücke wird von der Ukraine immer wieder mit westlicher Unterstützung militärisch angegriffen. Doch immer wieder wurde die Brücke repariert. Nun ist aber offenbar der Punkt erreicht, an dem selbst hohe russische Politiker ernsthafte Schritte gegen den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj persönlich fordern. Über die Reaktionen in der russischen Politik und in russischen Medien auf den neuesten Angriff auf die Brücke berichtet **Ulrich Heyden** (Moskau).

Die 2018 eingeweihte, 19 Kilometer lange Brücke vom russischen Festland zur Krim hat nicht nur eine existenziell wichtige Bedeutung für die Einwohner der Halbinsel und den russischen Tourismus. Die Brücke ist auch ein Symbol Russlands, dem sich die Krim 2014 nach einem Referendum angeschlossen hat.

Das russische Fernseh-Nachrichtenprogramm *Vesti* war am Dienstag bemüht, zu zeigen, dass es vor der Krim-Brücke ruhig zugeht und dass es keine Panik gibt. Man sah, wie Autofahrer, die noch nicht über die Schäden an der Brücke informiert waren, an den Kontrollpunkten vor der Brücke abgewiesen wurden. Ihnen wurde gesagt, sie müssen nun auf russischem Territorium nördlich des Asow-Meeres zur Krim fahren. Nach den Luftschlägen gegen die Krim-Brücke in der Nacht auf den 17. November war die Autostraße über die Krim-Brücke am Dienstagmorgen von den russischen Behörden gesperrt worden.

Keine Fotos

Fotos von dem zerstörten Brückenteil, auf dem die Autostraße zur Krim verläuft, wurden von russischen Medien nicht veröffentlicht. Offenbar möchte die russische Regierung es der Ukraine und dem Westen nicht erlauben, seine Siegesstimmung noch mit frischen Fotos auszukosten. Fotos und Videos, die nach dem 17. November in westlichen Medien auftauchten, sind nach meiner Einschätzung Fakes. Es sind Fotos, die Jahre zuvor nach anderen Attacken, bei denen es auch brannte, gemacht wurden.

In dem Vesti-Fernsehbericht am Dienstag sah man auch Fahrgäste, deren Fernzüge wegen des Luftangriffs auf die Brücke nicht weiterfahren konnten. Die Reisenden standen vor blauen Zelten der Partei „Einiges Russland“, vor denen warmes Essen ausgegeben wurde.

Einige der Reisenden kamen auch selbst zu Wort. Ein Mann sagte, man müsse sich eben „auf solche Unterbrechungen einstellen und versuchen, eine gute Stimmung zu behalten“.

Die Situation auf den Parkplätzen vor der Krim-Brücke wirkte ruhig. „Die Züge fahren nach Plan“, sagte der Fernsehreporter. Und tatsächlich sah man, wie sich ein Zug in Bewegung setzte. Der Brückenteil, auf dem Eisenbahn fährt, wurde offenbar nicht oder nur gering

beschädigt.

Besondere Hilfsmaßnahmen

Am 18. November tagte ein von der russischen Regierung einberufener Stab, der sich aus Vertretern der verschiedenen Verkehrssektoren – Fähren, Eisenbahn, Auto – zusammensetzte. Dieser Stab hat die Aufgabe, den Verkehr von Reisenden und Gütern sowie die Sicherheit der Straßen um das Asowsche Meer Richtung Krim zu organisieren.

Der russische Vize-Ministerpräsident Andrej Nikitin erklärte, die Menschen auf der Krim „werden die Möglichkeit haben, in andere Subjekte (der Russischen Föderation) zu fahren". Russland habe „alle Technologien, die Brücke in kurzer Zeit wiederherzustellen".

Vizepremier Chusnullin: „Selenskyj hätte schon lange das Ziel sein müssen"

Der russische Vizepremier Marat Chusnullin, der die Krim-Brücke nach der ersten Attacke am 16. November noch besucht hatte, um die Schäden zu inspizieren, erklärte am Dienstag gegenüber dem Massenblatt *Moskowski Komsomolez*, man müsse das „Kiewer Regime wie das Dritte Reich betrachten". Die Frage der Liquidierung von Selenskyj „sei reif". Nachdem Selenskyj die Friedensvereinbarung von Istanbul im April 2022 ablehnte „und er begann, seine Landesleute an der Front zu verheizen, hätte er das erste Ziel sein müssen".

Wo in Kiew das Regierungsviertel ist, müsse „ein gigantisches Loch sein". Auch die Amerikaner würden „ihre Feinde so in den Himmel schicken".

Sollte die Forderung des Vizepremiers in der russischen Führung Unterstützung finden, dürfte es nicht einfach sein, sie zu realisieren. Denn Selenskyj hält sich seit drei Wochen ununterbrochen in westlichen Staaten auf.

Der Militäranalytiker Igor Korotschenko vom Magazin „Nationale Verteidigung", erklärte gegenüber *Moskowski Komsomolez*, „das russische Volk wartet auf die Liquidierung von Selenskyj und wird zu so einer Entscheidung stehend applaudieren".

Es gehe nicht an – so Korotschenko -, dass in der Ukraine „im fünften Jahr der Spezialoperation immer noch Industrie und energieerzeugende Unternehmen im Betrieb" seien. Die Atomkraftwerke, „die wir nicht angreifen können", müssten wegen einem von Russland erzwungenen Stromausfall dann stillgelegt werden.

Harte Worte in einer Talk-Show

Am Abend des 17. November versammelten sich russische Politologen in der Talk-Show von Wladimir Solowjow. Auch in dieser populären Sendung war der Ton hart. Moderator Solowjow sagte in seinem Eingangsstatement, „sie haben uns den Krieg erklärt. Wir werden nicht verlieren". Russland werde jetzt „härter zuschlagen. Wir kriegen euch". Die Schläge auf die Krim-Brücke hätten nur „demonstrative" Bedeutung. Denn Militärausrüstung für die auf der Krim stationierten Soldaten wird schon seit mehreren Jahren nicht mehr über die Brücke transportiert.

Russland werde auf den Angriff auf die Krim-Brücke mit „einem Schlag" reagieren. Dieser „Schlag" werde allerdings nicht während des Apec-Gipfels in China durchgeführt, sondern „wenn der Gipfel endet".

Schon in 300 Orten der Ukraine habe die russische Armee in der Nacht auf den 17. November Rüstungsfabriken, energieerzeugende Betriebe und andere Infrastruktur angegriffen.

Die von der Ukraine gegen die Krim-Brücke eingesetzten Raketen und anderen Waffen seien mit westlicher Technologie bestückt, so der Moderator. Man könne auf eine Rakete ein „ukrainisches Schild kleben". Das ändere aber nichts daran, „dass die Rakete aus Großbritannien kommt". Die für den Beschuss der Brücke nötigen Aufklärungsdaten stammten von Flugzeugen der NATO.

Der Moderator erklärte, beim Angriff auf die Krim-Brücke seien die Ruta-Marschflugkörper 1 und 2 benutzt worden. Diese Waffe mit 300 bis 700 Kilometer Reichweite soll nach öffentlich zugänglichen Angaben beginnend mit der zweiten Jahreshälfte 2026 in einem Joint Venture der deutschen Firma Rheinmetall und der niederländischen Firma Destinus speziell für die Ukraine im niedersächsischen Standort Unterlüß produziert werden. Moderator Solowjow erklärte in seiner Talk-Show, diese Fabriken müssten „zerstört werden".

Pentagon-Vize kritisiert Schlag auf Krim-Brücke

Der Moderator der Talk-Show stellte fest, dass es in den USA durchaus Personen in hohen Positionen gibt, die den Schlag auf die Krim-Brücke öffentlich kritisieren. Elbridge Colby, Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik, habe erklärt, Schläge, die sich gegen die Zivilbevölkerung richten, wie der Angriff auf die Brücke und Internet-Warenlager wie Wildberries, würden den Zusammenhalt der Bevölkerung in Russland fördern und „den Willen des Kreml zur Eskalation verstärken". Es wäre besser – so Colby – wenn sich die Ukrainer darauf konzentrierten, die Front zu halten. Die USA sollten die Ukraine dabei

unterstützen.

Was Russland jetzt tun müsse?, fragte Solowjow. „Wir müssen ruhig bleiben, weiterarbeiten, analysieren und Entscheidungen treffen." Russland bräuchte in kürzester Zeit eine militärische Einheit, die im Weltraum agieren kann. Außerdem brauche man automatische Systeme für die Luftabwehr.

„Europa hat keinen Platz am Verhandlungstisch"

Es sei klar, „dass die andere Seite Verhandlungen nicht mehr führt, mit der Absicht, Frieden zu erreichen", meinte der Moderator. Und es sei auch klar, dass sich Europa mit den Schlägen gegen die Krim-Brücke „keinen Platz am Verhandlungstisch verschafft".

Putin könne die Welt „auslöschen". Aber dieses Register ziehe er nicht. Er sähe darin „keine Notwendigkeit." Aber das heiße nicht, dass sich die Situation nicht ändern könne. Man solle sich – so Solowjow – an den Satz des russischen Präsidenten erinnern: „Wozu eine Welt, in der es kein Russland gibt?" Russland werde – so der Moderator – „niemals aufgeben und niemals eine Niederlage erleiden". Denn Russland sei „das Volk der Sieger" und es habe „schon ganz Anderes durchgestanden".

Ein Teilnehmer der Talk-Show, der Politologe und USA-Experte Dmitri Jewstafew erklärte, US-Außenminister Rubio habe jüngst erklärt, die USA seien „ein Partner der Ukraine". Deshalb müsse man Trump jetzt ganz direkt fragen: „Nimmt die USA am Konflikt in der Ukraine teil?" Offenbar wünscht sich der Politologe, dass Präsident Putin seinem US-Amtskollegen eben diese Frage auf dem Gipfel in China stellt.

Dem Moderator Solowjow war das noch nicht genug an Schärfe. Er fragte, „warum schaffen wir keine Flugverbotszone" vor der Ukraine? Solowjow und der Politologe spielten sich gegenseitig die Bälle zu. Der Westen, so Jewstafew, sei noch nicht mal zu Friedensgesprächen bereit gewesen, als 2022 und 2023 die militärische Situation für Russland viel schlechter war als heute.

Es gäbe, so der Politologe, „vernünftige Kräfte" in Europa und auch in den USA. „Sie wollen raus aus dem Konflikt." Aber die „Euro-Troika" – Deutschland, Frankreich, Großbritannien – wolle das nicht. Trump „könnte es", aber bestimmte Kräfte wollten, „dass Trump mit seiner Mannschaft in dem Konflikt untergeht".

Noch ist das russische Volk ruhig. Es erträgt die Auswirkungen des Krieges diszipliniert. Aber demonstrative Demütigungen können Russland zu harten Gegenschlägen zwingen.

Titelbild: Screenshot/Talk-Show Wladimir Solowjow